

# Beschlussbuch über die 3. Tagung des 15. Landesparteitags

Das Beschlussbuch enthält alle Beschlüsse der Tagung. Ausgenommen sind Wahlen, Beschlüsse über den inneren Ablauf des Parteitags, sowie Beschlüsse zur Finanzplanung, Revision und Entlastung.

## Inhaltsverzeichnis

### I - Dringlichkeits- und Initiativanträge

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
12	Schluss mit der Aggression der USA und Israels gegen den Iran - Solidarität mit der iranischen Bevölkerung - für Demokratie und Selbstbestimmung gegen Mullahs und Schah LAG Frieden und internationale Politik <i>angenommen</i>	16
13	Für eine plurale sozialistische Partei Landesvorstand <i>angenommen</i>	18

## **L - Leitantrag und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung**

Bezeichner Titel · Antragsteller\*in · Empfehlung

---

Seite

L1 Hoffnung organisieren!  
Landesvorstand  
*angenommen in geänderter Fassung*

6

## **O - Anträge zu den Ordnungen des Landesverbands**

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
O1	§ 3 Mandatsträger*innenbeiträge Max Raimond Tetzner (KV Bayreuth · Nr. E-08030) <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	13

## A - Allgemeine Anträge

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
A1	Stationierung von Mittelstreckenwaffen verhindern LAG Frieden und internationale Politik <i>angenommen</i>	19
A4	Freie Open-Source-Software in öffentlicher Verwaltung LAG Netzpolitik <i>angenommen</i>	20
A5	Ablehnung von Pflichtdiensten Simon Zeitler (linksjugend [*solid] · Nr. D-45199) <i>angenommen</i>	20

## **S - Satzungsändernde Anträge**

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
S1	§ 18 Abs. 6 Landessatzung Alexander Bayas (linksjugend ['solid] · Nr. D-45183), und weitere <i>angenommen</i>	16

# Antrag L1: Hoffnung organisieren!

**Status:**

angenommen in geänderter Fassung

## Hoffnung organisieren!

Wir erleben in den letzten Jahren - verschärft seit Anfang letzten Jahres mit der neuen Bundesregierung, eine gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung noch mehr in Richtung Neoliberalismus und Autoritarismus. Die weltpolitische Lage mit der zunehmenden innerimperialistischen Konkurrenz der Weltmächte (v.a. USA unter Trump, Russland mit Putin und die aufstrebende Weltmacht China) setzen weltpolitisch den Rahmen und beeinflussen die Entwicklung in der BRD. Die derzeit stattfindenden Kriege in der Ukraine, im Nahen Osten und auf dem afrikanischen Kontinent verschärfen nicht nur weltweit, sondern auch hierzulande die ökonomischen Bedingungen vor allem der abhängig Beschäftigten. Die verschlechterte ökonomische Lage und die entsprechende Politik der bürgerlichen Parteien in der BRD spielt vor allen Dingen rechtsextremen Kräften, hier vor allem der AfD in die Karten. Deren Aufstieg scheint ungebrochen, trotz ihres noch schärferen neoliberalen Programms, aber auch vor allem wegen ihrer ungebrochenen rassistischen Hetze. Die AfD pflegt nicht nur zum autoritären Russland beste Beziehungen, sondern zunehmend auch zu den rechtsextremen "Republikanern" in den USA - vor allem die Ende letzten Jahres neu gegründete Jugendorganisation der AfD, die "Generation Deutschland GD" vernetzt sich mit sämtlichen rechtsextremistischen und neofaschistischen Organisation in ganz Europa. Diese Art von "Faschisierung" arbeitet mit Ängsten und dem Gefühl des Kontrollverlusts. Dabei wirkt sie scheinbar unaufhaltsam. Genährt wird diese Faschisierung nicht nur von der AfD, sondern auch durch rechte Parteien und Medienschaffende. Faschisierung bedeutet auch, komplexe Themen wie die Verarmung der Bevölkerung, Klimaschutz oder Migration auf simple Erklärungen zu reduzieren oder zu leugnen. Die Schuld wird dabei immer bereits marginalisierten Gruppen zugewiesen. So können sie für verschlechterte Lebensbedingungen und politische Versäumnisse verantwortlich gemacht werden. Um von einer sozial unausgewogenen, investitionsschwachen und ausschließlich am Profitinteresse orientierten Wirtschafts- und Finanzpolitik abzulenken, werden konstant Angriffe auf hart erkämpfte Arbeitsschutzgesetze gefahren. Dieses Ablenkungsmanöver zur Verschleierung sinkender Reallöhne lassen wir uns nicht gefallen. Anstatt große Themen wie marode Infrastruktur (Bildungswesen, Verkehr, Gesundheit), die Schuldenbremse als Investitionshemmnis und die Besteuerung von Vermögen anzugehen, werden Nebenschauplätze eröffnet, die eine Entsolidarisierung und den Unmut innerhalb der Bevölkerung untereinander vorantreiben. Das befeuert Rassismus und Nationalismus. Die Bevölkerung wird vor extreme Belastungen gestellt, als seien sie alternativlos. Unbezahlbare Mieten bei gleichzeitig sinkenden Reallöhnen und dem Rückbau des Sozialstaates werden als unvermeidbar dargestellt. Es sind zuallererst arbeitende Menschen, die mit ihrer Hände Arbeit den gesellschaftlichen Reichtum schaffen. Dabei sind es Menschen mit einer Migrationsgeschichte, mit Behinderung, von Armut Betroffene, in Obdachlosigkeit lebende, FLINTA\*, Alleinerziehende und queere Menschen, die zuerst zur Zielscheibe (gemacht) werden und die Leidtragenden dieser Diskriminierung sind.

Unsere Aufgabe als sozialistische Partei ist es, dieser Entwicklung eine klare soziale, solidarische und antifaschistische Neuausrichtung entgegenzusetzen. Faschismus und Kapitalismus können bekämpft werden. Wir setzen uns gegen Faschismus und für die Überwindung des Kapitalismus ein und den Aufbau einer solidarischen, klassenlosen Gesellschaft:

- Durch eine gemeinwohlorientierte Politik
- Durch gelebte Solidarität, die sich nicht nur in Worten, sondern auch in Taten ausdrückt, damit rechte Ideologie, Hass und Hetze keinen Platz haben und in der Vielfalt unsere Stärke ist
- Durch Einbindung und Vernetzung mit außerparlamentarischen Bewegungen und Betroffenen(-initiativen)
- Durch die gezielte Aktivierung unserer Nachbar\*innenschaft einen politischen Prozess zu eröffnen, an dem sich alle beteiligen können
- Durch den Aufbau von Gegenmacht in Betrieben, Kommunen und sozialen Bewegungen

Kurz gesagt: Wir organisieren die Hoffnung! Den ersten Schritt in diese Richtung sind wir mit unseren zahlreichen Kandidaturen für die Kommunalwahl bereits gegangen. In vielen Stadt- und Gemeinderäten und Kreistagen in ganz Bayern sitzen nun zum ersten Mal Mandatsträger\*innen unserer Partei. Mit Einzug in diese Gremien gewinnen wir an Einfluss auf die Entwicklung der Landkreise, Gemeinden und Städte und können uns politischen Fehlentscheidungen wirksam entgegenstellen. Aus linken Ideen werden wir konkret Lösungen vor Ort erarbeiten und umsetzen werden. Wir werden uns vor Ort für Abrüstung und für eine Umverteilung von großen Vermögen einsetzen. Wir kämpfen für bezahlbaren Wohnraum, lebenswerte Nachbarschaften und konsumfreie Begegnungsräume. Mit uns wird es Fortschritt und eine lebenswerte Zukunft geben, die alle Lebensrealitäten mitdenkt. Wir sehen den Einzug in mehr Gremien deshalb als große Chance an. Gleichzeitig zeigt sich unser Erfolg als Partei auch an den Strukturen, die wir in den Kreisverbänden aufbauen. Wir verstehen uns als sozialistische Partei, die an der Seite der arbeitenden Klasse steht. Wir treten als organisierende Kraft der arbeitenden Bevölkerung und marginalisierter Gruppen auf. Dabei verstehen wir die arbeitende Klasse umfassend: Industriearbeiter\*innen, Beschäftigte im Dienstleistungssektor, prekär Beschäftigte, Solo-Selbstständige sowie Care-Arbeiter\*innen. Unsere Aufgabe ist es, diese Gruppen zu organisieren. Wir machen Politik für die Bevölkerung und nicht für Unternehmen. Um uns als sozialistische Partei der arbeitenden Klasse weiterzuentwickeln, werden wir unseren Fokus in den nächsten Jahren auf die Themen Mieten und Löhne setzen:

## **Mieten runter!**

In Bayern sind die Mieten zu hoch. Das betrifft nicht mehr nur Ballungsräume, sondern zunehmend auch den ländlichen Raum. Dies sind hausgemachte Probleme, da in vielen Kommunen seit Jahren „Bauen, Bauen, Bauen!“ als alleinige Antwort auf Wohnraumknappheit angesehen wird. Zu häufig wurden dabei privaten profitorientierten Investor\*innen freie Hand gelassen, so dass zwar gebaut, aber nicht auf Bezahlbarkeit geachtet wurde. Leerstände wurden hingenommen, sozialer Wohnungsbau vernachlässigt, kommunale Wohnungen veräußert und Verdrängung durch Umwandlung in Ferienwohnungen ignoriert. Mit unserer Kampagne „Mieten runter!“, die bundesweit das Thema in die Öffentlichkeit getragen hat und bei Menschen viel Zuspruch fand, wollen wir dem entgegentreten. Viele Genoss\*innen haben hier mitgeholfen. Mit unseren neuen Mandatsträger\*innen werden wir dafür sorgen, dass wir flächendeckend Zweckentfremdungssatzungen bekommen und für die Überprüfung Personal bereitgestellt wird. Eine Zweckentfremdungssatzung ohne Leerstandsmanagement ist wirkungslos und sollte auch die Möglichkeit zur Beschlagnahmung von Immobilien vorsehen. Wir werden Wohnbaugenossenschaftsprojekte und Mietshäusersyndikate mit unserer Arbeit unterstützen und den Wohnungsbau in kommunale Hände legen und nicht der Gewinnmaxime unterwerfen. Wohngeldstellen sollen Anträge zügig bearbeiten können, da den Menschen sonst der Verlust der Wohnung droht. Die Einrichtung von

Mietprüfstellen, soll in Bayern nicht nur für Ballungsräume vorangetrieben werden.

Darüber hinaus setzen wir uns in Bayern ein für:

- den Ausbau der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft
- ein landesweites Leerstandsregister
- eine massive Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus in öffentlicher Hand
- die Prüfung und Umsetzung wirksamer Mietobergrenzen im Rahmen landespolitischer Möglichkeiten

Bereits 7 bayerische Städte haben Zugang zur Mietwucher-App, weitere werden folgen. Mit unserem Heizkosten Checks helfen wir den Menschen unbürokratisch, ihr Geld zurückzubekommen. Doch Mieter\*innen haben meistens keinen Einfluss auf die Art der Heizungsanlagen, die sie zum Heizen nutzen.

Mit dem Entwurf des Gebäudemodernisierungsgesetzes und Ausweitung des CO<sub>2</sub>-Preises durch Einführung des ETS 2 werden Heizkosten von Mieter\*innen weiter ansteigen, auf bis zu 10 % des Einkommens. Die Abwälzung der Kosten der Klimakatastrophe auf die Menschen, die dafür am wenigsten verantwortlich sind lehnen wir ab und setzen uns deswegen dafür ein, dass das Marktinstrument ‚CO<sub>2</sub>-Preis‘, das bei der erstbesten Gelegenheit wieder ausgesetzt werden soll, ersetzt wird durch eine verpflichtenden, kostenfreien Austausch der Heizungsanlagen im Gebäudebereich im Einklang mit dem kommunalen Wärmeplan in Reihenfolge des Alters der Anlage, sowie eine KfZ-Steuer abhängig von CO<sub>2</sub>-Emissionen im Verkehrsbereich.

Wir helfen Mieter\*innen, sich zu organisieren und gegen Miethaie vorzugehen. Wir sind die Mieter\*innenpartei. Unser Anspruch ist es, den Wohnungsmarkt langfristig dem Einfluss profitorientierter Akteure zu entziehen und Wohnen als Grundrecht durchzusetzen. Unser Ziel ist es Mieten zu einem wahlentscheidenden Thema zu machen und ab 2028 im Bayerischen Landtag für bezahlbaren und ausreichenden Wohnraum für alle zu streiten.

## **Löhne rauf!**

Bessere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen sind Voraussetzung für eine funktionierende Solidargesellschaft. Der Kampf dafür ein zentraler Bestandteil unserer Arbeit. Mit arbeitsmarktpolitischen Reformen wie der Agenda 2010 sowie durch Globalisierung und strukturelle Veränderungen hat die Prekarisierung der Arbeit mehr als deutlich zugenommen. Hunderte Millionen unbezahlter Überstunden werden den Arbeitnehmer\*innen aufgebürdet. Der Rückbau des Sozialstaates und schwindender Einfluss von Gewerkschaften erschweren Widerstand. Gewinneinbußen der Unternehmer werden einseitig den Beschäftigten aufgebürdet durch Entlassungen und Lohnverzicht. Betriebsratsgründungen werden systematisch sabotiert und mit Kündigungen gedroht. Gemeinsame Mobilisierung und Vernetzung sind essenziell für den Erfolg. Unser Ziel ist es deshalb, Betriebsrät\*innen und alle Arbeitnehmervertreter\*innen innerhalb der Partei zu vernetzen und einen Gewerkschaftsrat einzuberufen. Wir wollen gemeinsam mit ihnen und den zugehörigen Gewerkschaften Strategien finden. Dabei wollen wir gewerkschaftliche Kämpfe unterstützen, da sie den Grundwiderspruch von Kapital und Arbeit am deutlichsten offenlegen. Damit stärken wir die gemeinsamen Bande mit Gewerkschaften und können deren außerparlamentarischen Forderungen mit unserer Arbeit in den Gremien bekräftigen. Gemeinsam mit unseren Genoss\*innen in ganz Deutschland kämpfen wir für echte Tariftreue in allen Bereichen. Wir stehen entschlossen gegen die Ausbeutung der arbeitenden Klasse ein. Die 4-Tage-Woche mit max. 30 Arbeitsstunden pro Woche bei vollem Lohnausgleich ist keine Utopie, sondern ein Arbeitsmodell, welches bereits erfolgreich umgesetzt wurde. Sie ermöglicht die leichtere

Organisation des Alltags und bietet Lebensqualität durch mehr Zeit für Familie, Freunde, Erholung und ehrenamtliches Engagement. Außerdem verbessert sie die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen und ist besonders für Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen oder Behinderungen wichtig. Es soll nicht nur für Leuchtturmprojekte möglich sein, sondern Grundlage eines neuen Arbeitszeitschutzgesetzes sein. In vielen Berufen ist aufgrund der Belastung bereits heute keine 5-Tage-Woche mehr möglich, bedeutet jedoch für abhängig Beschäftigte immer, einen Lohnverlust hinnehmen zu müssen. Frauen werden immer noch ungleich bezahlt, werden weniger gefördert und befördert als Männer. Da die Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern immer noch ungleich verteilt ist, arbeiten Frauen häufig unfreiwillig in Teilzeit. Gleicher Lohn bei gleichwertiger Arbeit im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft ist unser Ziel. Dazu gehört auch die ausreichende Finanzierung von Bildungs- und Erziehungseinrichtungen und Pflegeleistung als gesellschaftliche Aufgabe zur Entlastung der einseitigen Belastung von Frauen. Wir lehnen alle Angriffe der AfD und Union auf die arbeitende Klasse ab. Unser Ziel muss sein, eine stärkere Verankerung in den Betrieben und Dienststellen aufzubauen, so dass wir als Teil der arbeitenden Klasse, um gemeinsame, weltverändernde Perspektive zu erarbeiten. Wir bündeln die gesellschaftlichen Fäden und sind Teil beim Aufbau einer starken Bewegung. Neben der Verbesserung der aktuell bestehen Arbeitsbedingungen unter kapitalistischen Verhältnissen, steht auch die radikale Kritik am Profitsystem und seine endgültige Überwindung im Zentrum unserer Arbeit.

### Organisierung in Zeiten der Krisen

Der politischer Fokus unserer Kampagnen liegt bei den Themen Mieten und Löhne, doch wir behalten auch stets das große Ganze im Blick - wie im Leitantrag 2024 beschlossen. Weltweit finden über 60 Kriege statt; es beginnen mehr Kriege, als beendet werden. Die Klimakatastrophe wird auch durch diese Kriege massiv verschärft und ist schon längst zum größten Ungerechtigkeitsfaktor geworden, sowohl international als auch hier in der Bundesrepublik. Das Gesundheitswesen orientiert sich wie gehabt am Profitstreben statt an den Menschen und die Bildungssysteme sollen unkritische Arbeitskräfte statt selbstbewusste Bürger\*innen ausbilden.

Die Hauptursache für diese Krisen heißt Kapitalismus, unsere Lösung ist der Sozialismus und unsere Methode ist die Organisierung der Klasse. Entsprechend beteiligen wir uns an Bündnissen und vernetzen uns mit (internationalen) Friedens- und Klimaaktivist\*innen. Wir gehen in die Verkehrsverbünde und Gesundheitseinrichtungen und unterstützen die Kolleg\*innen beim Kampf für bessere Bedingungen für sich und für die Menschen, die auf ihre Dienste angewiesen sind. Seite an Seite mit Linksjugend und SDS leisten wir Widerstand gegen die Wehrpflicht und kämpfen für ein besseres Bildungswesen. Und wir binden alle diese organisierende Aktionen zusammen mit unserem Kampagnenfokus auf Mieten und Löhne in ein gesamtes antikapitalistisches Narrativ ein, welches wir nach außen vertreten.

## **Strukturarbeit**

Wir erleben eine große Bereitschaft von immer mehr Menschen, politische Veränderungen herbeizuführen und mitzugestalten. Das bedeutet auch, dass in Bayern Die Linke als politische Kraft wahrgenommen wird, wir für echte Veränderung sorgen und wir damit eine breite Unterstützung in der Bevölkerung finden. Wir haben massiven Zuwachs erlebt und unsere Aufgabe ist es, die neuen Mitglieder zu aktivieren und dauerhaft in die Strukturen einzubinden. Aufgrund dieser vielen neuen Mitglieder ist es leichter möglich, Aufgaben auf viele Schultern zu verteilen und mehr Raum für eigentliche politische Arbeit freizusetzen. Wir optimieren die verwaltenden Aufgaben und können auf der Straße

präsen­ter werden. Wo sie ge­wünscht sind, befürworten wir die Grün­dung von Bezirksverbänden als Schnittstelle zwischen Kreisverbänden und Landesvorstand und unterstützen im Prozess. Der Landesvorstand erar­beitet, gemeinsam mit den bestehenden Bezirksverbänden und den Kreisverbänden ohne Bezirksverband, ein Konzept für die Arbeit und Finanzierung der Bezirksverbände, welches auch Bezirke ohne Bezirksverbände berücksichtigt.

Bezirksverbände können politische Bildung für Kreisverbände organisieren und bereiten Bezirkstagswahlen vor. Sie können Kreisverbände vernetzen, um gemeinsame politische Projekte, die kreisverbandsübergreifend wirken, voranzubringen. Auf Bezirksebene soll der Austausch durch kommunalen Mandatsträger\*innen verbessert werden. Durch zwischengeschaltete Bezirksverbände können wir insgesamt für eine bessere Informationsverteilung zwischen Basis und Landesebene sorgen. Grundvoraussetzung für diese weitere Ebene innerhalb unserer Parteistruktur sind festgelegte Aufgaben und Rollen für Bezirksverbände. Dort wo Kreisverbände keine Bezirksverbände gründen wollen, finden wir gemeinsam andere Lösungen für die Zusammenarbeit.

Der Ausbau unserer politischen Bildungsangebote ist weiterhin wichtig. Wir wollen allen unseren Mitgliedern die Möglichkeit geben, sich zu politischen und gesellschaftlich relevanten Themen weiterzubilden, um kritische Meinungsbildung zu fördern. Darüber hinaus ist es für die Arbeit in kommunalen Gremien bis hin zu parlamentarischer Arbeit essenziell, die Handlungsspielräume zu kennen, um politische Erfolge zu erzielen. Ein weiterer wichtiger Bildungsbaustein ist die Befähigung zur innerparteilichen Organisation und der Bewältigung der administrativen Aufgaben. Der Landesvorstand wird beauftragt ein Gremium für politische Bildung zu schaffen, dass die Kreisverbände, Bezirksverbände und den Landesverband mit einbezieht. Hier sollen Angebote erarbeitet werden, die regionalisiert funktionieren, so dass neben der regionalen Vernetzung und schnelleren Ausgestaltung, Fahrtwege verkürzt werden und somit der Zugang zu diesen zielgruppenspezifischen Angeboten erleichtert wird. Neben der Vernetzung und schnelleren Ausgestaltung, verkürzen wir Fahrtwege und erleichtern somit den Zugang zu diesen zielgruppenspezifischen Angeboten.

Unsere Partei setzt auf Organizing, um unsere Struktur zu stärken. Zentral hier ist die Aktivierung und Einbindung unserer Mitglieder, um mit mehr Menschen unsere Nachbar\*innenschaft und Projekte organisieren zu können. Nur durch aktive Mitglieder können wir die Vernetzung erreichen, die wir benötigen, um eine gesellschaftliche Veränderung zu erreichen. In den letzten Jahren lag hier der Fokus vor allem auf den Aufbau in den Städten und Ballungsgebieten, dies soll vermehrt nun auch auf ländliche Gebiete ausgeweitet werden.

Unsere „Die Linke hilft“ Angebote finden zudem bereits an über 20 Orten in Bayern statt. Sie unterstützen dabei, Menschen vor Ort konkret zu helfen, sich gegen Ungerechtigkeit zu wehren und sich zu organisieren. Damit organisieren wir Hilfe zur Selbsthilfe auch in die Klasse hinein. Wir begrüßen und unterstützen die Einrichtung von Sozialfonds, die aus Abgaben unserer Mandatsträger\*innen gefüllt werden.

Als solidarische Partei machen wir gerade unseren neuen Mandatsträger\*innen ein Versprechen: Politische Arbeit muss nicht allein ausgefochten werden. Wir bestärken uns gegenseitig, fördern den Austausch. Wir kämpfen gemeinsam als Verbündete gegen ein marodes System.

## **Parteikultur**

Was bedeutet eigentlich Kultur? Unter Kultur fassen wir unsere zwischenmenschlichen Interaktionen, also unseren Umgang untereinander zusammen. Beachtet werden sollte bei

allen Zusammenkünften - Community-Treffen in unseren KVs, Plena der Vorstände bis hin zu Landesparteitagen, Bildungsangeboten und organisierten Fahrten - der Umgangston, die Dynamik und die Machtgesten.

Es geht dabei um zentrale Fragen: Wer nimmt den Raum ein? Wer hat das erste und das letzte Wort, wer entscheidet unter welcher Verantwortung, wer hat Mitbestimmungsrecht, wem wird zugehört und wem wird geglaubt? Wie werden Debatten geführt und wie werden Konflikte ausgetragen? Wie binden wir auch Nichtakademiker\*innen ein. Unsere zentralen Ziele sind: Bewusstsein für Mehrfachdiskriminierung schaffen, diese abbauen und unsere Räume sicher zu gestalten. Wir sind uns bewusst darüber, dass wir keinen Safe-Space einrichten können, sehr wohl aber einen safer Space für unsere Mitglieder anstreben. Ein weiteres Ziel ist, unsere Konfliktkultur zu fördern. Wir haben den Anspruch, unsere politischen Debatten hitzig diskutieren zu können, uns streiten zu können und dabei die Wertschätzung gegenüber den Perspektiven und Mitgliedern zu verankern. Unsere Parteikultur hat bereits flache und transparente Strukturen. Um diese Strukturen zu erhalten, setzen wir auf noch mehr Transparenz innerhalb des Landesverbandes auf allen Ebenen. Machtgefälle finden sich in allen Gruppendynamiken und dem wollen wir gezielt entgegensetzen.

Bei der Umsetzung setzen wir auf drei Grundpfeiler: unser Selbstverständnis den Neumitgliedern vermitteln, Parteikultur bei den Aktiven fördern und flächendeckende Awareness-Strukturen schaffen.

Zum einen geht es um klare Zuständigkeiten. Es muss gewährleistet sein, dass jedes Mitglied Kenntnis darüber hat, an wen sich in bestimmten Situationen gewendet werden kann. Das schafft direkten Kontakt, fördert Zusammenarbeit und Sicherheit. Von technischen Problemen, über konkrete Themengebiete bis hin zu Ansprechpersonen in Krisensituationen. Eine klare Struktur hilft, sich darin zurecht zu finden. Diese Struktur möchten wir horizontal und hierarchiefrei gestalten. Wir möchten jeder Person die Möglichkeit bieten, Rollen zu übernehmen, für die sie brennt. Gleichzeitig setzen wir auf Dezentralisierung der Verantwortung. Wir benennen Gruppen statt Einzelpersonen für konkrete Aufgaben, damit weder Überforderung noch Informationszentralisierung eintritt. Hier möchten wir gezielte Bildungsangebote schaffen, um Mitglieder in entsprechenden Skills und Knowhow zu fördern. Dabei spielt für uns Transparenz eine zentrale Rolle. Entscheidungen werden offen kommuniziert, Gespräche geführt und Informationen bereitgestellt. Mitglieder mit Anliegen können sich mit konkreten Themen einbringen. Uns ist es wichtig, (Neu-)Mitglieder den Einstieg in die Parteiarbeit zu erleichtern. Dafür werden Planungsabläufe und Rollenbeschreibungen von uns aufbereitet und zur Verfügung gestellt. Des Weiteren unterstützt diese neue Transparenz die Offenlegung von Arbeitsaufwand und Zeitinvestition in konkrete Aufgaben. Damit möchten wir Arbeit sichtbar machen und wertschätzen. Gleichzeitig können Kapazitäten besser abgeschätzt werden. Ein zentrales Anliegen ist uns die sorgfältige Einarbeitung in Rollen. Hier ist entscheidend, dass Wissen und Informationen über die Rollenträger\*innen hinweg erhalten bleiben. Damit wollen wir Wissenslücken vorbeugen, sowie vermeiden, dass Machtgefälle durch mehr Wissen über Parteistrukturen und -abläufe entstehen. Eine schnelle und gezielte Einbindung von Neumitgliedern soll den Spaß und die Motivation an politischer Neugierde aufrechterhalten. Darüber hinaus geht es um das Gefühl, Teil einer Community zu werden.

Ein besonderes Augenmerk sollte in der Parteiarbeit auf den Umgang mit Genoss\*innen aus arbeitenden Familien gelegt werden. Diese lavieren täglich zwischen Lohnarbeit, unbezahlter Care-Arbeit und teilweise prekären Lebensbedingungen - und dabei besonders von klassistischer Ausgrenzung betroffen sind.

Es braucht in organisatorischen Fragen mehr Rücksicht, etwa bei der Terminierung von

Parteiversammlung während Schulferien. Es braucht aber auch einen Kulturwandel, der Eltern und Kinder nicht implizit als Störfaktoren behandelt, sondern wertschätzt.

Eine solidarische Parteikultur heißt für uns: respektvoller Umgang, gegenseitige Unterstützung und der Anspruch, Konflikte politisch fair und gemeinsam zu lösen. Dies setzt ein aktives Bewusstsein für gesellschaftliche Machtverhältnisse und Diskriminierung voraus.

Dazu gehört auch das Aushalten von Kritik. Das funktioniert aus unserer Sicht nur mit einem großen Bewusstsein gegenüber Privilegien, strukturelle Benachteiligung, mehrfach Diskriminierung und unterschiedlichen Sozialisationsprozessen. Wir finden bereits in einigen Kreisverbänden, sowie auf Landesebene Awareness-Strukturen mit einem ausgearbeiteten Konzept vor. Dennoch klafft hier eine immense Lücke zu Kreisverbänden, die weniger Kapazitäten durch eher flächenmäßig größere Regionen und wenigen Mitgliedern auf. Mit diesen Kreisverbänden möchten wir zusammenarbeiten, Schulungen und Konzepte anbieten, um Awareness-Strukturen zu ermöglichen. Ziel ist es, Menschen weiterzubilden und Betroffene zu unterstützen, um einen respektvollen und konstruktiven Umgang innerhalb der Partei zu fördern.. Darüber hinaus soll es flächendeckend Schulungen geben, die allen Mitgliedern offenstehen. Insbesondere Funktion- und Mandatsträger\*innen sollen verpflichtende Awareness-Schulungen erhalten. Das dient der Prävention von Vorfällen und dazu, dass sich insbesondere Privilegierte des Systems den Zuständen bewusstwerden und sich so auch für Schutzmechanismen in den Gruppen und Fraktionen einsetzen. Leider müssen wir feststellen, dass es sowohl auf Kreisverbandsebene, sowie auf Landesebene immer wieder zu diskriminierenden Vorfällen kommt, weshalb wir diesen Schritt notwendig finden. Wir brauchen ebenfalls ein Monitoring, damit Vorfälle dokumentiert, archiviert und ausgewertet werden können. Nur mit dem Wissen um Vorfälle, können wir angemessene Maßnahmen ergreifen.

Selbstverständlich geht das auch mit einer Selbstverpflichtung des Landesvorstandes einher, indem wir uns kritisch hinterfragen und diskriminierungssensibel weiterbilden. Gemeinsam begeben wir uns auf den Weg, mit Bildungsarbeit, Beratungsangeboten und sozialen Rückzugsorten, eine Partei zu schaffen, in der sich wirklich jedes Mitglied zuhause fühlen und für gemeinsame Interessen eintreten kann!

## **Ausblick Programmprozess und Landtagswahl**

Die nächste große Wahl ist die Landtagswahl 2028. Dafür müssen wir gemeinsame Antworten auf die Fragen finden, die das Erfurter Programm noch nicht ausreichend beantwortet. Dementsprechend beteiligen wir uns als Landesverband tatkräftig am Programmprozess der Bundespartei und tragen unser aktualisiertes Programm in den Landtagswahlkampf, auf die Straßen und in die Betriebe.

Das Erfurter Programm bleibt Grundlage, muss aber weiterentwickelt werden. Viele der Herausforderungen haben weiterhin Bestand, die im Programm beschrieben wurden, weitere sind dazugekommen oder wurden größer. Wir brauchen eine zeitgemäße Antwort auf die aktuell zugespitzte weltpolitische Lage. Wir müssen uns über zentrale Fragen und Ziele einig werden: Welche Utopie strebt die Partei an? Wie schaffen wir es, den Kapitalismus zu überwinden und den gleichzeitigen Übergang in den demokratischen Sozialismus? Wie kann Die Linke in Deutschland Klimagerechtigkeit fördern und zugleich dazu beitragen, globale Ausbeutung und Ungleichheit zu überwinden? Wie entwickeln wir konkrete Schritte hin zu einer sozialistischen, demokratischen Wirtschaftsordnung? Was ist die Aufgabe der Partei Die Linke in Zeiten von zunehmender Faschisierung innerhalb Deutschlands, aber auch global? Wie steht die Partei zu Militarisierung, Krieg und Krisen? Wie steht die Linke zur Regierungsbeteiligung und die damit einhergehende Einbettung in das hegemoniale Weltgefüge? Das neue Grundsatzprogramm soll Orientierung geben –

für die politische Arbeit in Parlamenten, Bewegungen und im Alltag. Dabei geht es nicht nur um Textarbeit, sondern um Beteiligung, politische Bildung, lebendige Debatte und kollektives Lernen. Als bayerischer Landesverband haben wir in unseren Beschlüssen der letzten Jahre immer wieder klare Positionen bezogen. Jetzt gilt es, sich anhand dieser Beschlüsse aktiv in den Programmprozess mit einzubringen.

Gestärkt durch unsere zahlreichen Neumitglieder und die vielen neuen Mandate, die wir bei der Kommunalwahl gewinnen konnten, wollen wir erstmals in den bayerischen Landtag einziehen. Unser Ziel ist eine starke sozialistische Fraktion, die konsequent die Interessen der arbeitenden Bevölkerung vertritt und gesellschaftliche Gegenmacht aufbaut. Bis zur Landtagswahl sollen unsere Themen in der breiten Bevölkerung fest verankert werden. Dies erreichen wir bis dahin durch die Ausarbeitung unserer Schwerpunkte als Kampagne und deren Umsetzung und unseren kommunalpolitischen Forderungen. Bei den Landtagswahlen müssen wir unsere Stimmen im Vergleich zu den Kommunalwahlen um knapp 50% steigern. Der Landesvorstand berät mit den Kreisverbänden (und wo vorhanden Bezirksverbänden) jeweils konkrete Pläne, um dies zu erreichen. Gleichzeitig wollen wir die Zeit nutzen, um mögliche Kandidierende im Land bekannt zu machen, die uns bei der Landtagswahl repräsentieren möchten. Eine sozialistische Partei muss die Breite der arbeitenden Klasse abbilden - in Alter, Geschlecht, beruflichem Hintergrund und Lebensrealität. Gerade um neue Wählerschichten zu erreichen, sind glaubwürdige personelle Anknüpfungspunkte entscheidend: für Rentnerinnen und Rentner ebenso wie für Industriearbeiter\*innen, Handwerker\*innen oder Beschäftigte im privaten Dienstleistungssektor. Diese Gruppen sind in unseren aktuellen Listen vielfach stark unterrepräsentiert. Auch die bayerische Bevölkerung hat ein Recht auf gutes Leben, gute Bildung und Gerechtigkeit. Wir als Die Linke können im Landtag dafür eintreten.

„Hoffnung ist nicht die Überzeugung, dass etwas gut ausgeht, sondern die Gewissheit, dass etwas Sinn macht, egal wie es ausgeht“ Václav Havel - wir organisieren die Hoffnung!

## **Antrag 01: § 3 Mandatsträger\*innenbeiträge**

**Status:** angenommen in geänderter Fassung

### **§ 3 und 3a der Landesfinanzordnung wird wie folgt geändert:**

#### **Ursprüngliche Fassung:**

#### § 3 Mandatsträgerbeiträge

(1) Mandatsträgerbeiträge, die die Mitglieder von Parlamenten und Kommunalvertretungen neben ihren Mitgliedsbeiträgen an die jeweilige Gliederung leisten, werden gemäß §4 Bundesfinanzordnung erhoben.

(1.a) Falls keine Vereinbarung über die Mandatsträgerbeiträge besteht, gelten 17,5 Prozent der Aufwandsentschädigung, Aufsichtsratsvergütungen und Diäten als satzungsgemäßer Mandatsträgerbeitrag. Teil der Mandatsträgerpflicht ist die Entrichtung des satzungsgemäßen Mitgliedsbeitrags.

(2) Mitglieder der bayerischen Bezirkstage mit dem Mandat der Partei DIE LINKE sowie Parteimitglieder, die öffentliche Wahlämter auf Bezirksebene innehaben bzw. die in Wahrnehmung öffentlicher Wahlämter und Mandate als Mitglieder von Aufsichts-, Verwaltungs- und Beiräten Bezüge oder Aufwandsentschädigungen erhalten, leisten an den Landesverband neben ihren satzungsgemäßen Mitgliedsbeiträgen regelmäßig Sonderbeiträge in Form von Mandatsträgerbeiträgen, solange keine Bezirksverbände der

Partei im Landesverband bestehen.

(2.a) Die Kreisverbände vereinbaren in den Mandatsträgervereinbarungen für Mandatsträger\*innen aus den Kommunalwahlen (§35 Landessatzung) einen Mandatsträgerbeitrag von mindestens 15 Prozent der brutto Aufwandsentschädigung. Individuelle, abweichende Regelungen, z.B. in Härtefällen, können zwischen Kreisvorstand und der Mandatsträgerin oder dem Mandatsträger auch während der Amtszeit vereinbart werden.

(3) Mandatsträger auf Bundes- und Landesebene haben eine besondere Verantwortung für den Aufbau der Partei und verpflichten sich, 4 Prozent ihrer Diäten, Funktionszulagen und Einkommen aus Aufsichtsrats- und Beirats- und Verwaltungstätigkeiten an den Landesverband zu entrichten und diese den jährlichen Erhöhungen der Abgeordnetenentschädigungen unmittelbar anzupassen.

### § 3a Abgabe und Aufbewahrung von Mandatsträgervereinbarungen

(1) Vereinbarungen über den Mandatsträgerbeitrag (Mandatsträgervereinbarungen) müssen für aussichtsreiche Kandidierende vor der entsprechenden (öffentlichen) Wahl abgeschlossen werden. Verantwortlich dafür sind die Gliederung, die die Aufstellungsversammlung durchführt, und der Landesvorstand. Die Wirksamkeit von später abgeschlossenen Vereinbarungen bleibt von Satz 1 unberührt. Die Vereinbarungsparteien bleiben die/der Mandatsträger\*in und der Vorstand der Gliederung der Partei, welche für die Erhebung der Mandatsträgerbeiträge berechtigt ist. Diese Gliederung legt auch den Inhalt der Vereinbarung fest.

(2) Vor den allgemeinen Kommunalwahlen erstellt der Landesvorstand im Einvernehmen mit dem Landesfinanzrat eine Mustervereinbarung für die Kreisverbände und gibt diese bekannt.

(3) Alle Mandatsträgervereinbarungen i.S.v. Abs. 1 müssen spätestens drei Wochen nach der Aufstellungsversammlung, und in jedem Fall vor der Einreichung des Wahlvorschlags, im Original bei der Landesgeschäftsstelle eingereicht werden. Der Landesvorstand hat die Mandatsträgervereinbarungen von Mandatsträgern bis zehn Jahre nach dem Ende der Amtszeit aufzubewahren. Alle weiteren bis zum Ende der Amtszeit.

(4) Aussichtsreiche Kandidierende im Sinne von Absatz 1 sind:

a) Alle Direktkandidierenden, sowie Kandidierende für Ämter wie Bürgermeister\*in und Landrät\*in.

b) Bei Vorschlagslisten die doppelte Anzahl der ersten Listenplätze, die bei der letzten Wahl Mandate erhalten haben, mindestens jedoch die ersten drei Listenplätze.

### **Geänderte Fassung:**

#### § 3 Mandatsträger\*innenbeiträge

(1) Mandatsträger\*innenbeiträge, die Mitglieder von Parlamenten und Kommunalvertretungen sowie Wahlbeamt\*innen neben ihren Mitgliedsbeiträgen an die jeweilige Gliederung leisten, werden gemäß § 4 Bundesfinanzordnung erhoben.

(2) Falls keine Vereinbarung über die Zahlung von Mandatsträger\*innenbeiträgen besteht, gelten 17,5 Prozent der Brutto-Entschädigungen, insbesondere der:

1. allgemeinen und speziellen Aufwandsentschädigungen,
2. Sitzungsgelder der Vertretungskörperschaften sowie deren Ausschüsse,

3. Aufwandsentschädigungen und Zuschläge für Fraktionstätigkeiten,  
4. Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder für Aufsichtsgremien  
als satzungsgemäßer Mandatsträger\*innenbeitrag. Teil der Mandatsträger\*innenpflicht ist die Entrichtung des satzungsgemäßen Mitgliedsbeitrags.

(2.a) Die Kreisverbände vereinbaren in den Mandatsträger\*innenvereinbarungen für Mandatsträger\*innen aus den Kommunalwahlen (§ 35 Landessatzung) einen Mandatsträger\*innenbeitrag von mindestens 15 Prozent der in Absatz 2 benannten Brutto-Entschädigungen. Individuelle, abweichende Regelungen, z.B. in Härtefällen, können zwischen Kreisvorstand und der Mandatsträger\*in auch während der Amtszeit vereinbart werden.

(2.b) Der Bezirksverband vereinbart in den Mandatsträger\*innenvereinbarungen für Mandatsträger\*innen der Bezirkswahlen (§34 Landessatzung) einen Mandatsträger\*innenbeitrag von mindestens 15,0 Prozent der in Absatz 2 benannten Brutto-Entschädigungen. Individuelle, abweichende Regelungen, z.B. in Härtefällen, können zwischen Bezirksvorstand und der Mandatsträger\*in auch während der Amtszeit vereinbart werden. Der Landesverband vereinbart die Mandatsträger\*innenvereinbarungen für Mandatsträger\*innen der Bezirkswahlen, solange kein Bezirksverband besteht.

(3) Mandatsträger\*innen auf Europa-, Bundes- und Landesebene haben eine besondere Verantwortung für den Aufbau der Partei.

(3.a) Der Landesverband vereinbart in den Mandatsträger\*innenvereinbarungen für Mandatsträger\*innen der Landtagswahlen (§34 Landessatzung) einen Mandatsträger\*innenbeitrag von mindestens 17,7 Prozent der in Absatz 2 benannten Brutto-Entschädigungen.

(3.b) Der Landesverband vereinbart in den Mandatsträger\*innenvereinbarungen für Mandatsträger\*innen der Bundestagswahlen (§33 Landessatzung) und Europaparlamentwahlen einen Mandatsträger\*innenbeitrag von mindestens 2,7 Prozent der in Absatz 2 benannten Brutto-Entschädigungen.

#### § 3a Abgabe und Aufbewahrung von Mandatsträger\*innenvereinbarungen

(1) Vereinbarungen über den Mandatsträger\*innenbeitrag (Mandatsträger\*innenvereinbarungen) müssen für aussichtsreiche Kandidierende vor der entsprechenden (öffentlichen) Wahl abgeschlossen werden. Verantwortlich dafür ist die Gliederung, die die Aufstellungsversammlung durchführt, und der Landesvorstand. Die Wirksamkeit von später abgeschlossenen Vereinbarungen bleibt von Satz 1 unberührt. Die Vereinbarungsparteien bleiben die Mandatsträger\*in und der Vorstand der Gliederung der Partei, welche für die Erhebung der Mandatsträger\*innenbeiträge berechtigt ist. Diese Gliederung legt auch den Inhalt der Vereinbarung fest.

(2) Vor den allgemeinen Kommunalwahlen erstellt der Landesvorstand im Einvernehmen mit dem Landesfinanzrat eine Mustervereinbarung für die Kreisverbände und gibt diese bekannt.

(3) Alle Mandatsträger\*innenvereinbarungen i.S.v. Nummer 1 müssen spätestens drei Wochen nach der Aufstellungsversammlung, und in jedem Fall vor der Einreichung des Wahlvorschlags, im Original bei der Landesgeschäftsstelle eingereicht werden. Der Landesvorstand hat die Mandatsträger\*innenvereinbarungen von Mandatsträger\*innen bis zehn Jahre nach dem Ende der Amtszeit aufzubewahren. Alle weiteren bis zum Ende der Amtszeit.

(4) Aussichtsreiche Kandidierende im Sinne von Nummer 1 sind:

a) Alle Direktkandidierenden, sowie Kandidierende für Ämter wie Bürgermeister\*in und Landrät\*in.

b) Bei Vorschlagslisten die doppelte Anzahl der ersten Listenplätze, die bei der letzten Wahl Mandate erhalten haben, mindestens jedoch die ersten drei Listenplätze.

## **Antrag S1: § 18 Abs. 6 Landessatzung**

**Status:** angenommen

Änderung von Satzung Landesverband Bayern der Partei Die Linke, § 18 Einberufung und Arbeitsweise des Landesparteitages, (6):

"Anträge, welche durch die satzungsgemäßen Organen von Kreis-, Bezirks- oder Ortsverbänden, landesweiten Zusammenschlüssen, Organen der Landespartei, Kommissionen des Landesparteitages oder mindestens von 10 Delegierten gestellt werden, sind durch den Parteitag zu behandeln oder an den Landesvorstand zu überweisen."

Soll ergänzt werden zu:

"Anträge, welche durch die satzungsgemäßen Organen von Kreis-, Bezirks- oder Ortsverbänden, landesweiten Zusammenschlüssen, **die satzungsgemäßen Landesorgane des anerkannten Jugendverbands**, Organen der Landespartei, Kommissionen des Landesparteitages oder mindestens von 10 Delegierten gestellt werden, sind durch den Parteitag zu behandeln oder an den Landesvorstand zu überweisen."

## **Antrag I2: Schluss mit der Aggression der USA und Israels gegen den Iran - Solidarität mit der iranischen Bevölkerung - für Demokratie und Selbstbestimmung gegen Mullahs und Schah**

**Status:** angenommen

Am 28.2. dieses Jahres begannen die USA und Israel zum zweiten innerhalb von 12 Monaten einen völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Iran. Der Angriff war länger vorbereitet und fand während laufender Verhandlungen zwischen USA und Iran statt. Es gab keine Hinweise auf eine aktuelle Bedrohung von Israel, geschweige denn der USA durch den Iran. Im Gegensatz zu Israel, das Atomwaffen besitzt und im Gegensatz zum Iran den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet hat, besitzt nach Aussagen der IAEA der Iran keine Atomwaffen.

Es geht den USA um die weltweite Beherrschung und Sicherung von Rohstofflieferungen, insbesondere um Erdöl und um imperialistische Machtinteresse im Kampf gegen den selbst auserkorenen Hauptkonkurrenten China. Israel geht es um die Schwächung seines Hauptgegners und die militärische Absicherung seiner Vorherrschaft in Westasien, die es mit der Besetzung des Südens des Libanon und Teilen von Syrien weiter ausbaut.

Zusammen mit den Reaktionen des Irans - Sperrung der Straße von Hormus und den Bombardierungen von US-Stützpunkten und Energieanlagen in den Golfstaaten – weitete sich der Krieg auf die ganze Region aus und drohte den Weltfrieden zu gefährden. Durch die steigenden Energiepreise kam es weltweit zu Preissteigerungen, nicht nur von Energie, sondern auch von Lebensmitteln (Düngemittel), die die schwächsten Länder und Bevölkerungsteile aller Länder in besonderer Weise treffen.

Durch die Nutzung der US-Militärbasen in Deutschland durch die USA, vor allem in Rammstein, ermöglichte Deutschland die Angriffe der USA auf Iran und den Erhalt der militärischen Dominanz der USA im Gegensatz zu Spanien. Damit wurde Deutschland Teil des Krieges, dessen völkerrechtswidriger Charakter immer noch von der Bundesregierung negiert wird.

Angesichts einer drohenden Weltwirtschaftskrise (Energiepreissteigerung), der unterschätzten Stärke des iranischen Militärs, zunehmenden internationalen und inner-US-amerikanischen Drucks, der Zerstörung mehrerer US-Basen am Persischen Golf stimmten die USA und Israel am 8. April durch Vermittlung von Drittstaaten (Pakistan,...) einer zweiwöchigen Waffenruhe zu, ohne ihre Ziele erreicht zu haben. Das Ergebnis des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges sind tausender von vor allem zivilen Toten, zerstörte Infrastruktur, weitere Klimabelastung, ein gestärktes Mullah-Regime und die weitere Demontierung des Völkerrechts. Mit der Androhung, die iranische Zivilisation zu zerstören, hat der amerikanische Präsident einen Völkermord angedroht, während der Iran bereits einer Waffenruhe zugestimmt hatte.

Wir fordern:

- Die Ablehnung aller zukünftigen Angriffe der USA und Israel auf den Iran, die den Frieden in der Region gefährden, den Druck auf die Opposition nur verschärfen und einzig dem Einfluss imperialistischer Interessen dienen.
- Ausdrücklich verurteilen wir auch die Beteiligung der deutschen Bundesregierung, ohne die die Kriegsführung in dieser Form nicht möglich wäre.
- Statt sich an einer NATO Mission im Persischen Golf zu beteiligen, sollte Deutschland gegenüber den USA auf die Einhaltung des Völkerrechts bestehen.
- Die anstehenden Verhandlungen sollten im Rahmen der internationalen Gemeinschaft einen dauerhaften Frieden als Ziel haben und nicht die Füllung der verbrauchten Waffenarsenale bei Scheinverhandlungen dienen.
- Israels muss die Bombardierung vom Libanon stoppen.
- Die Bundesregierung auf, die Unterstützung von US-Kriegen u.a. durch Sperren der US-Militärbasen, wie es der Bevölkerung in Spanien gelungen ist, zu beenden.
- Außerdem den sofortigen Stopp der Lieferung deutscher Waffen- und Rüstungsexporte in Länder des Nahen und Mittleren Ostens (Westasien) und die militärisch relevante Zusammenarbeit mit Israel und den USA.
- Sofortige Beendigung aller Sanktionen gegen den Iran, da sie im Wesentlichen die zivile Bevölkerung zu treffen, insbesondere deren Versorgung mit Lebensmitteln, Medikamenten, Energie und medizinischer Ausrüstung.

Neben dieser außenpolitischen Bedrohung und den Kriegsfolgen leidet die Bevölkerung unter der Herrschaft des religiösen Regimes. Wachsende Verarmung, politische Repression durch das Mullah-Regime und jetzt durch die militärischen Angriffe der USA und Israels verschlechtern sich die Lebensbedingungen der Bevölkerung im Iran in existenzbedrohendem Ausmaß. Dagegen setzen sich immer mehr Menschen zur Wehr, wogegen das Regime mit Terror und Todesstrafen vorgeht.

Insbesondere die Bewegung „Frauen, Leben, Freiheit“ protestiert schon seit 2022 gegen die menschen- und frauenfeindlich Politik der Mullahs. Die Menschen sehnen sich nach Frieden, Freiheit, Menschenwürde und Selbstbestimmung unter Einbeziehung aller Ethnien und nicht nach neuen Herrschern, wie den Sohn des Schahs, dessen Rolle innerhalb der Freiheitsbewegung vor allem bei Exiliraner\*innen durch die Einflussnahme der USA und Israels, aber auch von deutschen Akteuren instrumentalisiert wird.

Wir fordern:

- Die Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen des Mullah-Regimes.
- Die demokratischen Bestrebungen der Zivilgesellschaft im Iran und ihr Recht auf Selbstbestimmung zu stärken und die humanitäre Hilfe im Iran deutlich auszubauen.
- Den Verzicht auf Abschiebungen aus Deutschland in den Iran, Hinwirken auf die Freilassung politischer Gefangener im Iran sowie auf Ausreise- und Schutzprogramme für iranische Oppositionelle.
- die Unterstützung für Einsatz für Demokratie und Selbstbestimmung gegen Mullahs und Schah.
- Auskunft über verhaftete Demonstrierende, inhaftierte Ärztinnen und Ärzte sowie über das Schicksal verletzter Personen durch die Iranische Regierung.

Wir rufen die Bundestagsfraktion und den Parteivorstand auf, in diesem Sinne aktiv zu werden, die Position der Partei zu vertreten und für das Völkerrecht zu wirken.

### **Antrag I3: Für eine plurale sozialistische Partei**

<b>Status:</b>	angenommen
----------------	------------

Die Linke Bayern beobachtet mit großer Sorge die zunehmende Versuche in der Bundesrepublik, palästinasolidarische Positionen über staatliche Repressionen, mediale Hetze und gesellschaftliche Ausgrenzung zu unterdrücken. Um so schmerzvoller empfinden wir es, wenn Einige in der Partei sich an dieser Abgrenzung beteiligen und ihre Reichweite dafür nutzen, unliebsame Positionen zu diffamieren oder gar ihre Machtpositionen dazu verwenden, parteiinterne Debatten über die Öffentlichkeit zu lenken und Grenzen zu ziehen, die Genoss\*innen ausschließen sollten.

Wir stellen uns diesen Versuchen unmissverständlich entgegen und sagen deshalb klar: Zur Meinungsvielfalt in unserer Partei gehört auch die Kritik an den verschiedenen Formen des Zionismus. Dies setzt ein offenen und fairen Umgang miteinander in den Parteistrukturen unter Beachtung der asymmetrischen Einflussmöglichkeiten voraus. Die Vorstände und weiteren Gremien der Partei müssen die Genoss\*innen, die aus einer linken Haltung heraus diese Kritik äußern, mit der gleichen Selbstverständlichkeit gegen innere und äußere Angriffe und Diffamierungen verteidigen, wie sie es bereits jetzt bei Genoss\*innen machen, die den Staat Israel als notwendigen Schutzraum für jüdisches Leben betrachten. Um unsere inhaltlichen Debatten respektvoll und solidarisch innerhalb der Partei führen zu können, brauchen wir eine Geschlossenheit nach außen, ansonsten werden die Debatten weder respektvoll noch solidarisch sein, sondern werden immer von informellen Hierarchien und Machtstrukturen dominiert.

Konkret bedeutet das für uns: Wir lassen uns von niemanden einschüchtern. wir stehen solidarisch hinter unseren Genoss\*innen und Kreisverbänden, die die oben genannten Positionen vertreten und verteidigen diese vor medialen Angriffen und Diffamierungen, statt uns zu distanzieren. Wir lassen uns nicht von anderen Parteien einschüchtern und stellen unsere inhaltliche Positionen stets und unmissverständlich über die Möglichkeit auf Machtoptionen. Und wir setzen uns auf Bundesebene, sowohl beim Bundesparteitag in Potsdam als auch in der Programmdebatte, dafür ein, dass Genoss\*innen mit den genannten Positionen sich auch in zwei Jahren immer noch in der Linken willkommen fühlen können als Teil unserer pluralistischen sozialistischen Partei.

Niemals alleine, immer gemeinsam.

# Antrag A1: Stationierung von Mittelstreckenwaffen verhindern

**Status:** angenommen

Das Ende des „New START“-Abkommens zwischen USA und Russland über die Begrenzung von Atomwaffen (Raketen und Sprengköpfe) und die in diesem Jahr beabsichtigte Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Deutschland (z. B. in Grafenwöhr) bedeuten eine latente Kriegsgefahr. Die ungebremste Erhöhung der Zahl nuklearer Waffen bedroht den Weltfrieden. Zu den Mittelstreckenwaffen zählen die Hyperschallraketen „Dark Eagle“ (Reichweite 2700 – 3000 km), die Standard Missile 6 (1600 km) und die Tomahawk Marschflugkörper (1700 – 2500 km) \*.

Die Fähigkeit, mit Mittelstreckenwaffen von Deutschland aus die Zweitschlagfähigkeit der Russischen Republik auszuschalten, macht aus Sicht der USA einen Atomkrieg mit einem Erstschlag gewinnbar, den die USA - im Gegensatz zu Russland - nie ausgeschlossen hat.

Das „atomare Patt“ (strategisches Gleichgewicht) hat bisher vor einem Atomkrieg abgeschreckt, weil beide Seiten mit der Fähigkeit, den Angreifer (Erstschlag) mit einem Zweitschlag zu vernichten vor einem Erstschlag abgehalten hat. Wenn Russland diese Fähigkeit genommen wird (Enthauptung) und es damit die USA von einem Erstschlag nicht abhalten kann, wird ein eigener Erstschlag für Russland eine Überlebensfrage. Und damit wird Deutschland zum Ziel eines atomaren Angriffs und letztlich wohl auch atomar vernichtet. Das von Israel und den USA entwickelte Abwehrsystem Arrow-3-System zur Bekämpfung ballistischer Raketen, das Deutschland angeschafft hat, wird an der Kriegsgefahr nichts ändern. Es soll dem Abfangen der neuen russischen Oreschnik-Hyperschallraketen dienen.

Während in den achtziger Jahren die Stationierung von Mittelstreckenraketen (Pershing II) in Deutschland breit diskutiert wurde und mit einem Verhandlungsangebot an die SU verbunden war, beruht die geplante Stationierung auf einer bloßen Absprache zwischen Bundeskanzler Scholz und US-Präsidenten Biden. Es gab weder eine Debatte darüber noch eine Entscheidung des Bundestages. Ein Antrag der Linken im Bundestag dazu wurde nicht weiter behandelt.

Auch durch den Kampf der Friedensbewegung wurde mit den INF-Vertrag die Stationierung rückgängig gemacht. Die USA beendeten den Vertrag 2019 einseitig.

Wir **lehnen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen** in Deutschland ab, ebenso die Entwicklung eigener europäischer Hyperschallwaffen und Marschflugkörper, an der Deutschland sich beteiligen will, und die Stationierung russischer Mittelstreckenwaffen wie die Oreschnik-Raketen, die Europa bedrohen.

Wir **fordern Abrüstungsverhandlungen** und die **Unterzeichnung des Atomverbotsvertrages** durch Deutschland.

Zur Umsetzung dieser Forderungen beteiligt sich der Landesverband an der Kampagne „Friedensfähigkeit statt erstschlagfähig – für ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen!“ ([www.friedensfaehig.de](http://www.friedensfaehig.de) \*\* in Zusammenarbeit mit dem Aktionsbündnis atomwaffenfrei.jetzt und vor Ort mit dem Trägerkreis „Keine Mittelstreckenraketen in Grafenwöhr“.

Erläuterungen:

\*) aus Broschüre „Keine Mittelstreckenraketen in Grafenwöhr und anderswo!“, DFG-VK Oberpfalz

Hyperschallraketen „Dark Eagle“:

„Long Range Hypersonic Weapon“. Reichweite 2700 – 3000 km, Geschwindigkeit bis 21000 km/h, abgefeuert von einer mobilen Abschussrampe. Der Sprengkopf ist im

Endanflug manövrierbar, also schwer abzuschießen. Das System soll 2025 einsatzfähig sein. Voraussichtlicher Stationierungsort ist der Truppenübungsplatz Grafenwöhr in der Oberpfalz. Die dort stationierte Artilleriebrigade der US-Army kann das System bedienen. Stückzahl 16- 24 Systeme

Standard Missile 6 (SM 6):

Ebenfalls ein Flugkörper mit ballistischer Flugbahn, Reichweite 1600 km, Geschwindigkeit größer als Mach 5. Die „Standard Missile“ wurde zur Bekämpfung von Zielen auf See und zur Abwehr von Flugzeugen und Flugkörpern entwickelt.

Tomahawk Marschflugkörper:

Fliegt parallel zur Erdoberfläche, kann also vom Abwehr- Radar nicht erfasst werden; kann Umwege fliegen und ist mit 900 km/h eher langsam; Reichweiten 1700 – 2500 km. Für SM 6 und Tomahawk sind mobile Abschussrampen (Typ „Ty-phoon“) vorgesehen, die auch per Transportflugzeug kurzfristig nach Osteuropa verlegt werden können. Stückzahl SM 6 und Tomahawk: 32- 48 Systeme.

Alle genannten Systeme sollen nicht mit Atomsprengköpfen bestückt werden. (Zunächst?)

\*\*\*) Die Kampagne „**Friedensfähig statt erstschlagfähig: Für ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen!**“ ist ein Zusammenschluss von derzeit über 50 zivilgesellschaftlichen Mitgliedsorganisationen und weiteren Partnerorganisationen, darunter attac, DFG-VK, pax christi, Naturfreunde Deutschland, Friedensmuseum Nürnberg, IPPNW, ohne Rüstung leben, Friedenskooperative und IMI und finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Die Kampagne wird vom Aktionsbündnis **atomwaffenfrei.jetzt** getragen.

Bisher sind geplant eine Fahrradtour 28.3. in Grafenwöhr, Kundgebungen zeitgleich mit der Wiesbadener Initiative gegen Mittelstreckenraketen am 30.5., Ostermärsche zum Thema

## **Antrag A4: Freie Open-Source-Software in öffentlicher Verwaltung**

**Status:** angenommen

Die Linke setzt sich dafür ein, dass bei kommunalen Verwaltungsaufgaben in Bayern bevorzugt freie Open-Source-Softwareprodukte eingesetzt und entwickelt werden. Weiterhin setzt sich Die Linke dafür ein, dass erhobene Daten nur innerhalb der EU gespeichert und verarbeitet werden.

Mandatsträger:innen werden beauftragt, sich aktiv für die Verwendung solcher Software sowie die Speicherung und Verarbeitung von Daten innerhalb der EU einzusetzen.

## **Antrag A5: Ablehnung von Pflichtdiensten**

**Status:** angenommen

Die Linke Bayern lehnt Pflichtdienste jedweder Form kategorisch ab. Sie positioniert sich klar gegen die Darstellung junger Menschen als staatliche Ressourcen und deren zwangsweisen Einsatz als solche.

Der Landesverband verpflichtet sich dazu, diese Haltung nach innen wie nach außen unmissverständlich zu kommunizieren.